

## FPÖ: Krise und Richtungstreit

Der FPÖ wurde von der Kurz-ÖVP ein wichtiges Werkzeug entrissen. Auf den Rechtspopulismus hält sie nun nicht mehr das Monopol. Gleichzeitig legen Ibiza-Skandal, Covid-19 und die kapitalistische Krise offen, um was es sich bei der FPÖ wirklich handelt. Welche ideologischen Tendenzen und Strategien werden sich innerhalb der FPÖ nun durchsetzen?

Seite 2

## Illusion in Biden

Chaos und autoritäre Umtriebe nach den Wahlen, Rassismus, immenses Leid infolge der Covid-19-Krise, drohende Verarmung breiter Schichten. Der US-Kapitalismus wird nicht besser, nur weil Trump abgewählt wurde. Biden und die Demokraten ändern nichts an den zugrundeliegenden Ursachen, da sie Teil des Problems sind. US-Sozialist\*innen sprechen Klartext!

Seite 12

## Schwerpunkt

Vor 10 Jahren begann eine Welle von Protesten, Aufständen und Revolutionen, die als „Arabischer Frühling“ in die Geschichtsbücher einging. Ein Schwerpunkt zu den Erfahrungen und Lehren.

Seiten 7-10



# VORWÄRTS

**SLP**  
Sozialistische Linkspartei

Solipreis € 2,-  
Normalpreis € 1,-

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 290 | 12.20 / 01.21

# Schluss mit kurzsichtiger Corona-Politik!

**Chaotisch ist** noch eine Untertreibung für die Corona-Politik der Bundes- und Landesregierungen. Beim Ausbruch der Pandemie herrschte noch Verständnis für Pannen. Doch ein Vergleich der Zahlen und Untersuchungen mit den Aussagen und Maßnahmen der Politik zeigt: Hier wird gelogen, verdreht und verschwiegen. Die 2. Welle - und auch eine 3. - waren vorhersehbar, doch die Regierungen haben nichts vorbereitet. So wurden ursprünglich weder bei Hotlines und

Glock) sollen wir alle uns im Privaten einschränken. Grundrechte werden den Profitinteressen untergeordnet. Dass da Verschwörungstheorien ein breiteres Echo finden, ist kaum verwunderlich. Doch es sind nicht dubiose Geheimclubs, sondern das kapitalistische Wirtschaftssystem und seine Notwendigkeit, um jeden Preis immer mehr zu produzieren, das dahinter steckt. Immer deutlicher wird, dass die Regierungen nicht mehr sind als der verlängerte Arm der Wirtschaftsinteressen.



**Hinter der wirren Corona-Politik steckt nicht nur Unfähigkeit, sondern Kalkül!**

Tracing, noch beim Testen oder der nötigen EDV und schon gar nicht im Gesundheitswesen das Personal aufgestockt.

Aber weil "die Wirtschaft" weiterlaufen muss (z.B. die Waffenfabrik

Das Vertrauen in die Regierungen ist zu Recht im Sinkflug. Doch was ist die Alternative? Die anderen Parteien sind nicht besser, die wirren Verschwörungs-Konzepte ganz sicher auch nicht.

**Sicherheit für** Gesundheit, Bildung und Jobs müssen wir selbst erkämpfen. Dafür müssen wir uns organisieren, und kämpferische Gewerkschaften und eine Neue Arbeiter\*innenpartei aufbauen. Gegen die Folgen der Wirtschaftskrise braucht es die Organisation der Beschäftigten vor Ort und die Übernahme der Betriebe durch die Öffentliche Hand. Gegen die Pandemie braucht es einen

massiven Ausbau des Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesens. Gegen den Demokratieabbau braucht es demokratisch gewählte Komitees in Schulen, Betrieben, Spitälern und Stadtteilen. Nicht zurück zum alten Chaos, sondern Vorwärts zu einer demokratischen sozialistischen Gesellschaft, wo die Menschen und nicht die Profite im Zentrum steht.

Sonja Grusch

## Die SLP fordert:

- Milliarden für Jobs, Gesundheit, Bildung und Soziales, nicht für Profite und Management!
- Enteignung von leerstehendem Wohnraum.
- Kämpferische Gewerkschaftspolitik für Arbeiter\*inneninteressen statt nationaler Schulterchluss für Kapitalinteressen!



**Von Sonja Grusch** Wien hat eine neue Regierung. Wer darüber schockiert ist, hat nicht verstanden, dass die SPÖ längst keine linke Partei mehr ist! Wer sich von der Koalition eine fortschrittliche Politik erwartet hat, eine andere wesentliche Sache falsch verstanden: Die Neos mögen sich zu Umwelt, Frauen und LGBTQ+ Themen positiv äußern, aber ihre konkrete Politik geht zu Lasten genau dieser. Z.B. die Ausschreibung der Salzburger Frauenhäuser durch die Neos Landesrätin Klambauer, was bedeutet, hier Kriterien von "Wirtschaftlichkeit" und "Konkurrenz" anzulegen, wo es Sicherheit und Schutz braucht. Unterm Strich bleibt also eine Koalition, die so tut, als ob sie sozial und fortschrittlich wäre und die doch zutiefst (neo)liberal ist. Ludwig hat die Neos v.a. deshalb ins Boot geholt, weil sie seinem Kurs mehr entsprechen als die Grünen, obwohl diese

## Wo ist das Rot im Rosa-Pink?

auch kein Rammbock gegen unsoziale Politik waren. Und dieser wird in der Praxis mehr Privatisierungen/Ausgliederungen, gerade auch im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich bedeuten.

**Dass gerade** die Bildungsagenden zu den Neos wandern zeigt, wie stark sich die Sozialdemokratie selbst von ihren reformistischen Wurzeln schon entfernt hat. Bildung als Möglichkeit, der Armut zu entkommen, war seit ihren Anfängen ein zentrales Thema der Sozialdemokratie. Die Neos hingegen fordern "volle personelle, finanzielle und pädagogische Autonomie" für die Schulen. Die Folge davon sind gleichgeschaltete Lehrer\*innen und gut ausgestattete extra Schulen für die Elite und andere für die Masse. Nein, das wird nicht über Nacht kommen und es wird unter dem Deckmäntelchen von "mehr Freiheit" verkauft werden. Mit Montessori und Waldorf, aber frei vom Geld, sich die immer teurere Bildung zuzukaufen und frei vom Zugang zu allen Bildungsmöglichkeiten für alle. Dagegen braucht es echtes Rot, nicht SPÖ/Neos rosa-pink.

### Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger & Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 2345 Brunn am Gebirge  
Herstellungs- und Verlagsort: Wien | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U  
Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 256000000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

## Welche Schlüsse zieht das Nazi-Milieu?

**Aus Sicht** bewusster (Neo-) Faschist\*innen war die FPÖ immer bedeutendes Betätigungsfeld. Sicherlich hat die Schrumpfung des Apparats und damit Postenschachers eine abschreckende Wirkung auf Karrierist\*innen. Dies erhöht den Spielraum für ideologisch stramme Agitation. Doch ebenso könnte diese erneute FPÖ-Krise infolge der Regierungsbeilegung eine Neubewertung im Nazi-Milieu auslösen. Etwa: Ist ein par-

lamentarischer Weg, der „korrumpiert“, überhaupt sinnvoll? Braucht es eigenständige Methoden und Strukturen außerhalb der FPÖ? Anzeichen dafür zeigen sich schon seit längerem mit den „Identitären“. Der gegenwärtige Anstieg an Verschwörungswahn und Corona-Leugnung könnte ein Brennpunkt für solche Umtriebe werden; inklusive offener Gewalt, wie Beispiele aus anderen Ländern bereits zeigen.



## Rechter Richtungsstreit

**Die Ursachen** für die Krise der FPÖ sind vielschichtig. Bedeutende Teile ihrer rechtspopulistischen Politik und das Schauspiel der

abreichte Gift von Rassismus und Entsolidarisierung.

Was in den 1990ern galt, gilt heute umso mehr: Nur

dest zu wählen. Hier gibt es Überschneidungen mit Teilen der SPÖ.

Die Krise befeuert auch jene Auseinandersetzungen, die es schon immer in und um die FPÖ zwischen Tendenzen oder sogar Fraktionen gab. Es gibt eben feine bis gar nicht so feine Unterschiede zwischen überzeugten Faschist\*innen, großbürgerlichen deutschnationalen Burschenschaftlern, rücksichtslosen kleinbürgerlichen Karrierist\*innen und berechnenden Seitenblicke-Promis. Und rund um Haimbuchner wurde wieder präsenter, dass die FPÖ, immerhin Nachfolgerin der Nachfolgerin der NSDAP, stets ebenso Heimat für radikalen bürgerlichen Wirtschaftsliberalismus war.

**Franz Neuhold**

## Der heftige Einbruch der FPÖ bei den Wiener Wahlen hat keineswegs nur den Ibiza-Skandal als Ursache.

Schein-Opposition wurden schon vor längerem von der „neuen ÖVP“ angeeignet und angewandt. Dies hat wohl Langzeitfolgen. Doch mit einem Verschwinden des „Phänomens FPÖ“ ist vor dem Hintergrund von Wirtschaftskrise und Vertrauensverlust in die etablierte Politik keineswegs zu rechnen. Zu stark wirkt das seit Jahrzehnten ver-

soziale Bewegungen von unten können rassistische Spaltungen überwinden und der FPÖ (sowie allen Formen von Rechtspopulismus) das Wasser abgraben. Bis solche Bewegungen die Entwicklung dominieren, wird die FPÖ mit Schein-Opposition und „Kleiner Mann“-Gehabe viele frustrierte und auch sozial deklassierte Menschen erneut dazu bringen, sie zumin-



## Corona beweist: Die FPÖ ist keine Arbeiter\*innenpartei!

**Krisen zeigen** am deutlichsten, was Sache ist. Die FPÖ kämpft eindeutig nicht für die sozialen Anliegen von Arbeitnehmer\*innen, z.B. im Gesundheits- und Sozialbereich oder Handel. In ihr tummelt sich lediglich ein bizarrer Mix von Corona-Verharmlosung, Verschwörungs-Idiotien inkl. Antisemitismus und inhaltlich entleerter kleinbürgerlicher Wuterei. Die FPÖ brachte angesichts des Gesundheits-Notstands keinerlei pro-

duktive Vorschläge zur Problemlösung von Beschäftigten, Erwerbslosen oder Lernenden. Sie versucht nicht, Menschen für solche sozialen Forderungen zu mobilisieren und Druck in Betrieben und auf der Straße aufzubauen. Die FPÖ ist und bleibt eine pro-kapitalistische Partei, die etwas Anderes vorgaukeln muss. Sie braucht schließlich die Stimmen von Arbeitnehmer\*innen bei Wahlen.



## Kurz-gedachte Schulschließung

Die Regierungen der Länder und des Bundes haben monatelang nichts getan, um Vorbereitungen für die 2. Welle zu treffen und wei-

down wahrscheinlicher. Eigentlich geht es nicht um die Frage Schulen öffnen oder nicht, sondern wie müssen die Bedingun-

schaftliche Verantwortung auf Private abgewälzt wird.

Der Regierung war und ist das Kindeswohl egal,

Durch Corona zeigt sich, wie marode das Bildungssystem bereits vorher war. Es reicht nicht, einen schlechten Zustand aufrecht zu erhalten, sondern es ist höchste Zeit, das Bildungssystem umzustellen: Schluss mit Druck, Durchfallen und Noten, für ein bedürfnis- und nicht profitorientiertes Bildungssystem. Das Geld für die notwendigen Veränderungen wäre da. IT-Konzerne machen Riesen-Profit und allein mit dem geplanten PR-Budget der Regierung (180 Millionen) könnte man 360.000 Laptops kaufen. Man muss sich das Geld nur holen.

**Ausführliche Stellungnahme zu Schulen und Corona auf [www.slp.at](http://www.slp.at)**

### Corona: Schulen schließen oder offen halten? Das Schlechteste aus allen Welten!

tere Lockdowns zu verhindern. Das zeigt sich bei den Schulen deutlich.

Das Recht auf Sonder-Betreuungsurlaub gibt es bestenfalls bei gutem Willen der Unternehmen. Das Ergebnis: In manchen Schulen und Kindergärten waren trotz Lockdowns bis zu 80% der Kinder anwesend, Eltern sind überfordert, Pädagog\*innen haben Angst und aufgrund des lückenhaften 2. Lockdowns wird ein 3. Lock-

gen sein, damit Schulen künftig sicher und offen sein können? Das Interesse der Wirtschaft ist, über die Arbeitskräfte ohne lästige Betreuungspflichten zu verfügen. Eltern berichten über Druck aus der Schule, die Kinder nicht zu schicken, aber der Job verlangt dies. Pädagog\*innen wiederum berichten über Druck, trotz Infektionsrisiko Normalbetrieb zu leisten. Ein "Teile und Herrsche" Szenario, wo gesell-

Schule war auch bisher voller Probleme. Für Maßnahmen zum Wohle aller hätte es eine Einbeziehung der wahren Expert\*innen vor Ort gebraucht, der Lehrenden und Lernenden und zwar schon ab Frühjahr 2020. Es bräuchte v.a. mehr Personal und laufend kostenlose Test. Darüberhinaus Laptops für alle, kostenloses Internet und mehr Räume für kleinere betreute Lerngruppen.

## Bildungsrevolution statt Mangelfortsetzung

**Leerstehende** Büro-/Hötelräume zu Klassen umfunktionieren, um ausreichend Räumlichkeiten für kleinere Gruppen zu ermöglichen. Rechtzeitig zur Verfügung stehende Unterrichtsmaterialien: Kopien, Bücher, aber auch Internet, Laptops und Computer. Es ist genug Geld da, um die notwendige Unterstützung für Schüler\*innen zu garantieren. Öffnung der Schulen nach Bereitstellung von ausreichenden Massentests.

**Für die** volle Bezahlung der gesamten Arbeitszeit sowie sonstiger Ausgaben, die bei Lehrer\*innen, Kindergarten-Pädagog\*innen und Unterstützungspersonal während Corona und nachher anfallen. Anstellung nicht nur von mehr Lehrpersonal, sondern auch von Sekretariatskräften, Sozialarbeiter\*innen, Psycholog\*innen und technischem Support. Keine Privatisierung von Bildung, sondern freier Zugang für alle.

**Dauerhafte** Verkleinerung der Klassen und Gruppen, weg vom Frontalunterricht hin zu projektorientiertem Unterricht. Abschaffung der Prüfungsbulimie, weg mit Noten und Konkurrenzlernen. Ein Ende des deprimierenden Durchfallens! Entrümpelung der Lehrpläne und Aufstellung eines bedürfnisorientierten Bildungsplans durch die wahren Expert\*innen, Lehrer\*innen und Schüler\*innen.

**Für ein** öffentlich voll ausfinanziertes Schul- und Bildungssystem, das sich an Bedürfnissen & Fähigkeiten von Schüler\*innen und Gesellschaft, aber nicht von Unternehmen und dem Profitstreben orientiert. Ein solches ist notwendig - steht aber im Widerspruch zum Kapitalismus, in dem Menschen nur als Arbeitskräfte (und Konsument\*innen) bewertet werden. Raum für die Entfaltung aller individuellen Talente.

### Der rechte Rand

**Zwei Anschläge** vor Synagogen: Vor einem Jahr in Halle, vor ein paar Wochen in Wien; einmal ein Nazi, einmal ein Dschihadist. Die Mörder hätten sich wohl auch gegenseitig umgebracht, dabei eint sie viel mehr als ihr Antisemitismus. Beide Anschläge sind rechtsextrem. Kennzeichnend sind die Wahl der Mittel sowie wesentlichste Teile ihrer Ideologien: Aus Ablehnung der allgemeinen Zustände suchen sie die Lösung ihrer Probleme in der Vergangenheit. Faschismus und Dschihadismus gehen davon aus, dass es einen Zustand in der Geschichte gab, der wiederhergestellt werden muss. Die Einen träumen von verklärter germanischer Stammeskultur oder dem bürgerlichen Ideal des 19. Jahrhunderts, die anderen von der Zeit Mohammeds, des Kalifats und der islamischen Expansion. Egal ob Rassismus oder religiöser Wahn: Das Ergebnis ist dasselbe. Sehr deutlich wird das beim Frauenbild: Kochen, Waschen, ständige sexuelle Verfügbarkeit für „ihren“ Mann; davon träumen Rechtsextreme und Fundamentalisten jedweden Hintergrunds. Unterschiede sind lediglich in der Entstehung der Radikalisierung festzumachen. Beide Seiten (der selben Medaille) sehen sich jedoch gleichermaßen als Opfer; vor allem der „multikulturellen“ Moderne. Dazu ein Zitat, bei dem zu erraten ist, von wem es stammt (IS-Aktivist oder Identitär): "Das System, welches alle Identitäten zerstören will, ist der von den USA angeführte politische Westen [...]. Die USA sind der Feind Europas und aller Kulturen."

Auflösung auf [slp.at](http://slp.at)/  
Tilman Ruster

## Die Bremse der Talfahrt

**Beschäftigte treten** der Gewerkschaft bei, um für ihre Interessen zu kämpfen. Von Kampf fehlt aber jede Spur. Der ÖGB spielt eher die Rolle des Stoßdämpfers gegen Widerstand und ist bestenfalls eine Bremse in der Talfahrt, aber keine Kurskorrektur. Der Kampf der Beschäftigten im Sozialbereich um 35h-Woche und eine deutliche Lohnsteigerung wurde bei Corona-Ausbruch abgewürgt und ein Abschluss unterschrieben, der weit unter Forderungen und Möglichkeiten war. Alle KV-Abschlüsse danach waren gerade mal ein Inflationsausgleich.

Das ist vor allem für die so genannten „Schlüsselarbeitskräfte“ und die „Systemerhalter\*innen“, die aktuell viele symbolische Schulterklopper bekommen und zum großen Teil Frauen sind, eine Verhöhnung. Dabei hätte gerade in den Bereichen Pflege und Handel Druck gemacht und Forderungen gestellt werden können, die den Sparten generell und der jetzigen Extremsituation im Besonderen gerecht wären.

Stattdessen wird auf nationalen Schulterschluss gesetzt und versucht, dem österreichischen Wirtschaftsstandort einen Vorteil zu verschaffen, indem Interessen und Gesundheit der Beschäftigten untergeordnet und damit geopfert bzw. riskiert werden.

Das Modell Kurzarbeit wird auf allen Gewerkschaftskanälen gepriesen, deren Kosten am Ende des Tages aber wieder die Arbeiter\*innenklasse abstottern soll. Eine Vermögensverteilung von oben nach unten wird bestenfalls in Nebensätzen erwähnt, doch kein Kampf dafür geführt. Die Arbeitsweise des ÖGB, die sich auf Verhandeln und Appellieren beschränkt, funktioniert bestenfalls in einer längeren Wachstumsperiode. Doch diese war nicht nur eine Ausnahme, sondern ist längst vorbei. Eine Interessensvertretung der Arbeiter\*innenklasse muss ihre Arbeitsweise den Notwendigkeiten jener Arbeiter\*innenklasse anpassen – und sonst nichts! Das heißt Appell und Verhandlung müssen einer Strategie weichen, die die Bedürfnisse, aber auch die Macht der Arbeiter\*innenklasse demonstriert. Die Bürokratie ist aber seit Jahrzehnten in der „Logik“ des Kapitalismus verfangen. Um diese Profitlogik zu brechen und durch ein Wirtschaften zur Bedürfniserfüllung zu ersetzen, müssen wir die verknöcherten Strukturen der Gewerkschaft aufbrechen. Dafür brauchen wir schlagkräftige Basisstrukturen statt Stellvertreterpolitik.

Thomas Hauer



## Besetzung rettet Jobs!

**Ende November** waren 430.000 arbeitslos, 70.000 mehr als 2019. Es trifft neben Gastro und Tourismus zunehmend auch Handel und Indus-

zahnlos. Doch bei genauerer Betrachtung sieht es anders aus. Bei Betriebsschließungen geht es häufig um eine Produktionsverlagerung in

Druck auszuüben. Bei der nordirischen Werft Harland & Wolff wurde die Schließung durch eine 9-wöchige Besetzung verhindert.

Auf politischer Ebene gilt es zu fragen: Was ist das für ein System, in dem es einer so sinnlosen Verschwendung menschlicher Kreativität wie Arbeitslosigkeit erlaubt wird, zu existieren? Die Alternative zu Jobabbau und Betriebsschließung ist die entschuldigungslose Übernahme durch die öffentliche Hand und die Weiterführung unter Kontrolle der Beschäftigten und die Einbindung in eine Planung zum Wohle der Gesellschaft.

Manuel Schwaiger

*Es gibt Alternativen zu Jobabbau und Betriebsschließungen – diese müssen aber erkämpft werden.*

trie wie FACC, ATB oder MAN. Die Frage, was dagegen getan werden kann, stellt sich akut. Denn wer kommt schon lang mit 55 % des Lohns als Arbeitslose über die Runden?

In Zeiten der Krise scheint Widerstand schwierig, einen vor der Schließung stehenden Betrieb bestreiken wirkt

Billiglohnländer (z.B. MAN). Konzerne sind auf Lagerbestände und Maschinen angewiesen, durch Betriebsbesetzungen/Streiks kann wirtschaftlicher Druck aufgebaut werden. Gerade bei Schließungen, die ganze Städte/Regionen betreffen, ist es möglich, durch Einbindung der Bevölkerung politischen

Kurznachrichten aus Betrieb & Gewerkschaft

### – Isovolt: Kündigungen

**Die Gewerkschafts-**Führungen in Österreich agieren weiterhin katastrophal. Aktuelles Beispiel: Das Chemieunternehmen Isovolt will in Wr. Neudorf 55 Kolleg\*innen kündigen. Was hören wir von der zuständigen Gewerkschaft ProGe? Am 5.11. schreibt sie, dass es einen Sozialplan nur für Angestellte geben soll, nicht jedoch für Arbeiter\*innen. Die Aussendung wirkt tatsächlich so, als ob man dieser Spaltungslinie zwischen Angestell-

ten und Arbeiter\*innen nichts entgegensetze. Man nimmt diese hin. Entscheidend ist dabei, dass keinerlei Plan für (gemeinsame) Kampfmaßnahmen enthalten ist. Man findet alles nur 'inakzeptabel'. Davon können sich die betroffenen Kolleg\*innen nichts kaufen. Anstatt echten Widerstand zu organisieren, träumt ProGe-Landessekretär Slacik etwas von 'sozialer Verantwortung' herbei, die ein Unternehmen angeblich habe.

### – Younion

**Am 2.11.** wies der Personalvertreter der Wiener Berufsrettung Andreas P. im Zusammenhang mit dem Terroranschlag in Wien auf Missstände und laufende Überlastung hin. Die Rettung ist laufend, mit Covid besonders, und einer solchen Terrorituationen besonders, an ihren Grenzen. Für diese Kritik soll er nun gekündigt werden. Es wäre Aufgabe der Gewerkschaft younion, Andreas P. zu verteidigen. Doch davon ist nichts zu hören...

### – GPA-djp

**In der Pandemie** gelten die Beschäftigten in Gesundheits-, Pflege- und Sozialbereich als Held\*innen. Doch nur mickrige 1,45% Gehaltserhöhung im Gesundheits- und Pflegebereich „erkämpfte“ Younion. Dass im Sozialbereich die Verhandlungen 3 Jahre lang ausgesetzt sind, feiert die gpa-djp ab, die unter dem Druck der Krise magere 2,08% Gehaltserhöhung für 2021 geschafft hatte. Das zeugt vom Versagen der Gewerkschaftsführung.

### – Kampfflos

**Die schwarz-grüne** Regierung schafft die „Hacklerregelung“ ab. Die ProGe startete die Kampagne „45 Jahre sind genug“, mehr als 115.000 Menschen unterschrieben. Die Wut unter Betroffenen ist groß. Doch nun wird die Abschaffung hingenommen. Der Regierung machen Petitionen oder Appelle keinen Druck. Ein echter Kampf braucht die umfassende Mobilisierung der Betroffenen in den Betrieben und auf der Straße.



## Kapitalistischer Wahnsinn Ski-Zirkus

**Skifahren** ist in Österreich nicht nur eine Freizeitbeschäftigung sondern wird zur „nationalen Identität“ stilisiert und ist v.a. eines: Ein mächtiger Wirt-

Unmengen, um für einen Tag oder eine Woche auf einen Berg raufzufahren und wieder hinunterzuwedeln. Und obwohl sich das immer weniger leisten können, ist der

ligere Sportarten wird nicht erklärt...

2) Die Umwelt wird geopfert: „Für den Bau von Pisten wird kilometerweise Wald gerodet, Bäume samt Wurzeln herausgerissen und Waldböden planiert... Auch Parkplätze, Hotelanlagen, Zubringerstraßen, Lifte und Gondeln brauchen ihren Platz... Durch das Planieren wird der Boden so verhärtet, dass er kein Wasser mehr aufsaugen kann. Das bedeutet mehr Überschwemmungen. Fließt der Regen den Hang hinunter, nimmt er Erde mit sich. Erosion, Schlamm- und Gerölllawinen sind die Folge.“ beschreibt der WWF. Dazu kommt noch die Problematik von Kunstschnee, Schneekanonen und deren Ressourcenverschwendung und Schädlichkeit.

3) Ausbeutung pur: Der Tourismus ist für besonders schlimme Arbeitsbedingungen berüchtigt. Praktikant\*innen, die zusammengepfercht und oft falsch (= zu wenig) bezahlt werden, unmenschlich lange Arbeitszeiten in der Saison, Kinder und Familienmitglieder, die „helfen“ müssen im Familienbetrieb und Sexismus gerade im feucht-fröhlichen Après-Ski. Die Gewerkschaft ist leider kaum präsent...

4) Freunderlwirtschaft: Gerade rund um Weihnachten und Ferien versuchen Leute aus der Wirtschaft und deren politische Vertreter\*innen v.a. in der ÖVP, das Geschäft mit dem Wedeln wieder anzukurbeln. Die Bergbahnen z.B. erwirtschaften bis zu 25 % ihres

Jahresumsatzes in den Weihnachtsferien. Am Beginn der Corona-Krise war Ischgl, ein beliebter Tiroler Skiort, europaweiter Dreh- und Angelpunkt für die Verbreitung von Covid-19. Jetzt muss die Skishow weitergehen...

Das sind nur einige Beispiele für die Probleme, die mit der profitgetriebenen Ski-Industrie verbunden sind. Wenige kassieren die Gewinne, die Kosten aber müssen wir alle bezahlen. Durch die Folgeschäden der Umweltzerstörung, die hohen Infektionszahlen bei Corona und miese Arbeitsbedingungen. Das Problem ist nicht „das Skifahren“ an sich, sondern dass es, wie alles im Kapitalismus, zur Ware wird und um jeden Preis ausgebaut werden muss.

**Simon Salzmann**

*Kaum ein Wirtschaftszweig zeigt die Gefährlichkeit des Kapitalismus so gut auf wie die Ski-Industrie.*

schaftszweig. Milliarden-schwer und aufs Engste mit der Politik verwoben. Hinter dem romantisier-ten, verkärten Bild versteckt sich eine weitere grausame Facette des kapitalistischen Systems.

1) Ein teures Vergnügen: Das fängt zunächst mit einer eigenen Skiausrüstung an, für die heftig geworben wird. Anschließend bezahlt man

Schulsikurs immer noch Fixpunkt in vielen Schulen. Hier herrscht Druck auf Eltern, ordentlich tief in die Tassen zu greifen und ihren Kindern diesen Spaß zu erlauben. Auch die FPÖ fordert, dass mehr öffentliche Gelder verwendet werden sollen, um die private Skiwirtschaft zu subventionieren. Warum das teure Skifahren „österreichischer“ sein soll als bil-

## Die Wissenschaft in der Zwangsjacke

**Während** Corona-Leugnungs-Demos gefährliche Verschwörungs-Idiotien verbreiten und Nazis ein reiches Betätigungsfeld bieten, schreitet die Impfstoffforschung voran. Doch sie tut es unter kapitalistischen Bedingungen langsamer und unkoordinierter als es laufen könnte. So ist auf der Homepage des „Verbandes Forschender Arzneimittelhersteller“ (vfa.de) zu lesen: „Bei der Entwicklung der Covid-19-Impfstoffe haben

mehrere Unternehmen ausdrücklich Zusammenarbeit angeboten.“ Warum ist das eine Erwähnung wert? Wieso können die gesellschaftlichen Interessen nicht erzwingen, dass alle relevanten Firmen sich mit maximaler Transparenz der Problemlösung widmen? Gründe sind der systembedingte Profitzwang und destruktive „nationalstaatliche Interessen“. Zwischen den laut Weltgesundheitsorganisation WHO global derzeit

200 Impfstoff-Entwicklungen gibt es zu wenig Austausch. Dies zeigt sich auch am Beispiel der internationalen Impfstoffallianz CEPI, die es übrigens erst seit 2016 gibt. Bei der „öffentlich-privaten Partnerschaft“ handelt es sich um eine wackelige Konstruktion, welche maßgeblich von privaten Geldgeber\*innen abhängig ist. So berichtet CEPI am 12. November, dass 20 Millionen Dollar von der Gates-Foundation erwartet werden. Wie

schön, wenn Milliarden wie Bill Gates mit dicken Schecks ihre Menschenliebe zeigen oder gar psychologisch etwas kompensieren müssen. Aber warum haben nicht schon viel früher die beteiligten Regierungen und die EU-Kommission für ausreichende Finanzierung gesorgt? Kapitalismus ist ein chaotisches, systematisch ungerechtes und labiles System, das den Bedürfnissen einer modernen Gesellschaft schon lange nicht mehr genügt.

## Kulturbudget

**Unabhängigen** Kultureinrichtungen steht schon jetzt das Wasser bis zum Hals. Bezogen auf das Gesamtbudget sinkt nun das Kunst- & Kulturbudget von 0,6% auf 0,5%. Finanzminister Blümel (ÖVP) deutete seine Vorlieben bereits an: Sanierung der Festspielhäuser in Salzburg und Bregenz. Es gibt keinen Anhaltspunkt, wieviel die unabhängige Kulturszene erhalten wird. Laut IG-Kultur ist das ein „katastrophales Signal“.

## Solidarität gegen Terror und Hetze

Nach dem schrecklichen Terroranschlag vom 2.11. fanden in mehreren Städten Trauerkundgebungen und Proteste statt. In Wien beteiligten sich am 5.11. bis zu 1.000 Leute an einem ersten Trauermarsch, organisiert von verschiedenen linken und kurdischen Gruppen. Am Tag darauf folgten noch mehr einem breiten Aufruf u.a. von jüdischer Hochschüler\*innen-schaft, der Muslimischen Jugend und einzelnen Gewerkschaften. Am selben Tag protestierten aber auch mehrere hundert Antifaschist\*innen gegen einen Aufmarsch der neofaschistischen Identitären und ihren Versuch, den Anschlag für rassistische Hetze zu nutzen. Die zentrale politische Botschaft auf sämtlichen Kundgebungen war klar "wir lassen uns nicht entlang Religion oder Herkunft spalten".

Als SLP haben wir uns an diesen Protesten beteiligt. Für uns war es dabei wichtig, nicht nur unsere Trauer auszudrücken, sondern auch die richtigen politischen Schlüsse zu ziehen und Lösungen anzubieten. Die Regierung hat schon damit begonnen, den Angriff für anti-muslimische Hetze und Repression zu nutzen. In unseren Flyern und Plakaten mit dem Slogan "Solidarität gegen Terror, Rassis-

mus und Hetze – Für eine entschlossene Reaktion der Arbeiter\*innen-bewegung" haben wir betont, dass der wirksamste Kampf gegen Terror ein Kampf gegen Rassismus und für soziale Verbesserungen ist.

In unserer Stellungnahme schreiben wir auch zur Notwendigkeit einer kämpferischen Arbeiter\*innen-Bewegung: "Genauso könnte die Gewerkschaft kurze Streikaktionen organisieren, um ein starkes Zeichen für die Einheit der Arbeiter\*innenklasse unabhängig von Herkunft, Hautfarbe und Religion zu setzen. Ein gewerkschaftlicher Aktionsplan würde dabei helfen, die wahren Verantwortlichen und Ursachen solcher Gräueltaten anzuprangern. Der Kapitalismus ist global in seiner tiefsten Krise und kostet täglich Menschenleben. Das Jahr 2020 hat das wahre Gesicht dieses verrotteten Systems auf grausame Art uns allen vor Augen geführt. Dieses System hat keine Zukunft, es produziert Pandemien, Terror, Krieg, Hass und Elend. Diese kapitalistische Barbarei muss von uns, von der Arbeiter\*innenklasse, entschlossen, international und mit der Perspektive einer sozialistischen Alternative bekämpft werden."

**Christoph Glaninger**

25N International Day for the Elimination of Violence Against Women

**SOCIALIST  
FEMINISM  
AGAINST  
GENDER  
VIOLENCE  
& CAPITALISM**

#EndCapitalism #EndGenderViolence #PovertyIsViolence #SocialistFeminismAgainstGenderViolence



## ROSA aktiv gegen Sexismus

**ROSA Österreich/** Nicht mit mir, die sozialistisch-feministische Initiative der SLP hat in

minierten Branchen, Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohn und Personalaus-

haben mehr als 25 Personen daran teilgenommen und es wurden Reden zu Themen wie dem

*ROSA fordert auch vom ÖGB, den Kampf gegen Gewalt an Frauen ernsthaft aufzunehmen.*

den letzten Wochen eine Kampagne zum 25.11., dem internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen organisiert. ROSA sieht den Kampf um soziale Verbesserungen als zentralen Bestandteil der Frauenbewegung und als wichtiges Element im Kampf gegen Gewalt an Frauen.

Unter anderem haben wir präsent nach vorne gestellt: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, höhere Löhne in frauendo-

gleich und mehr Geld für Gesundheit, Soziales und Schutzeinrichtungen.

Neben mehrerer Online-Diskussionen haben wir am 25.11. eine Kundgebung am Meidlinger Platz in Wien 12 organisiert, um vor Ort in einem Arbeiter\*innenbezirk präsent zu sein, wo Frauen aus der Arbeiter\*innenklasse die Mehrfachbelastungen für Frauen in diesem System am härtesten zu spüren bekommen. Es

Gesundheits- und Sozialbereich, zur Situation an den Schulen, Transphobie und Abtreibungsrechten gehalten. Viele Passant\*innen waren interessiert und haben sich Material mitgenommen.

Außerdem waren wir zuletzt mit Material von ROSA-Polen bei mehreren Solidaritätskundgebungen in Wien gegen die Verschärfung des Abtreibungsgesetzes in Polen.

**Katja**



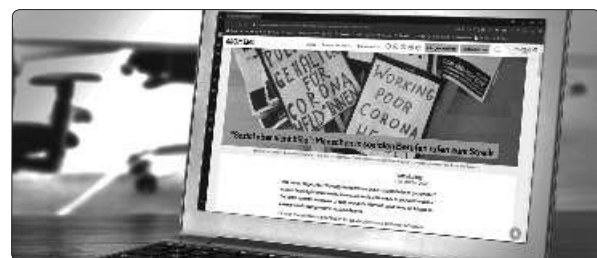
## Deutschlehrende: Keine Sicherheit, keine Kurse

**Am 13.11.** unterstützten SLP-Aktivist\*innen den Protest „Notbremse jetzt!“ von „Deutschlehrenden in der Erwachsenenbildung“ (DiE) vor der Bundesgeschäftsstelle des AMS in Wien 20. Angefangen hat alles mit einem Brief an Politik und AMS, der u.a. von Sebastian Kugler, einem SLP-Aktivist, unterzeichnet wurde. Die Arbeitssituation unter Corona ist für Lehrende und Teilnehmende gefährlich. Gefordert wird eine sofortige Einstel-

lung aller AMS-Maßnahmen bis nach Weihnachten sowie eine Fortzahlung der Bezüge bei Beschäftigten und Teilnehmer\*innen. AMS-Spitzen Kopf und Buchinger kamen, um sich der Diskussion zu stellen. Die Deutschlehrenden diskutierten mit den AMS-Spitzen, bis diese ins Wochenende flüchteten. Die SLP unterstützte mit Anlage und Teilnahme, u.a. eines Betriebsrates aus dem Sozialbereich.

**Seraphina Reisinger**

## Andere über uns



**Der Blog MOMENT** widmete sich der „Applaus ist nicht genug“-Demo vom 3.10. in Wien. Dieses kämpferische Zusammentreffen von Beschäftigten aus verschiedenen Branchen war ein bedeutsamer Schritt. Hervorgehoben wurde die Initiative 'Sozial, aber nicht blöd' und ihr Aufruf zu „Streiks für mehr Personal, Gehalt und weniger Arbeitszeit“. Zitiert wird Michael Gehmacher von der SLP, Betriebsrat beim Samariterbund.

# VORWÄRTSSCHWERPUNKT



## Vor 10 Jahren: Der „Arabische Frühling“

**Vor 10 Jahren** begann eine Welle von Protesten, Aufständen und Revolutionen, die als „Arabischer Frühling“ in die Geschichtsbücher einging. Ausgehend von Tunesien verbreitete sich diese revolutionäre Welle über Nordafrika und die Arabische Halbinsel und inspirierte Proteste im Iran, in Israel, Spanien, China und Ostafrika. Wie heute in Peru, Belarus, Chile und Hongkong war sie für demokratische Rechte, gegen Korruption und Armut.

Die Bewegungen in so verschiedenen Ländern zeigen, wie eng verflocht

se nicht beseitigen wollen oder können: Die Klassengesellschaft. Dies ist in der „Arabellion“ geschehen: In neun Ländern wurde die Regierung gestürzt, neue Verfassungen erkämpft, die Macht lag auf der Straße. 10 Jahre später ist davon nur noch wenig zu sehen: Nur in Tunesien konnten die demokratischen Errungenschaften erfolgreich verteidigt werden. In Libyen, Syrien und im Jemen gibt es blutige Kriege zwischen verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen. In Ägypten regiert nach einem kurzen islamistischen In-

termezzo das Militär. Und auf der Arabischen Halbinsel hat das Saudi-Königreich die Revolution im Keim erstickt. Die imperialistischen Interventionen von Frankreich, den USA und Russland – vorgeblich zur „Unterstützung der Freiheitsbewegung“ oder zum „Kampf gegen Terrorismus“, je nach dem, was der jeweiligen Macht dem eigenen strategischen Ziel dienlicher scheint – haben den Boden

bereit für Gruppen wie den IS. Die Revolutionen wurden von der religiösen Rechten gekapert, weil die Arbeiter\*innenbewegung zu schwach war, um die Führung zu übernehmen. Im Zuge jeder Revolution entsteht ein Machtvakuum. Die alte Macht ist gestürzt, eine neue erst im Entstehen. Dieser Zeitpunkt ist der einzige – wirklich demokratische –, in dem die Massen selbst entscheiden können, wem die künftige Macht zu dienen hat. Gelingt es den Massen nicht, die Macht zu ergreifen und sie zu nutzen, wird das Machtvakuum

und so wurden auch die Ursachen der Aufstände nicht beseitigt.

Seit zwei Jahren flammen in Nordafrika und dem Nahen Osten Proteste und Aufstände wieder auf, auf einer breiteren politischen Basis: Im Libanon formiert sich Widerstand gegen religiöses Sektierertum, im von Krieg und Terrorismus geschundenen Irak gegen Gewalt an Frauen, im Iran besetzen Arbeiter\*innen die Zuckerfabrik Haft Tappeh. Der Ruf nach politischen Freiheiten wird mit sozialen Forderungen verknüpft. Die 27 Millionen Jugendlichen in Nordafrika und dem Nahen Osten fordern in Zeiten einer sich auch durch Corona verschärfenden Krise eine lebenswerte Zukunft ein. Die Arbeiter\*innenklasse setzt Schritte zur Organisation, und bildet, etwa im Jemen, unabhängige Gewerkschaften oder im Libanon Fabrikkomitees. Und heute stehen die Frauen an der vordersten Front. Sie lassen sich weder mit nationalistischen und religiösen Phrasen abspesen noch von der Repression des Staates oder islamistischen Banden einschüchtern.

Überall, wo diese Kämpfe wachsen, sinkt das Vertrauen nicht nur in die Herrschenden, sondern

auch in die religiösen Institutionen. Das vergangene Jahrzehnt hat der Jugend gezeigt, dass sie vom politischen Islam nichts zu erwarten hat, außer rechte Schlägertruppen im Dienst der Herrschenden wie die Hamas in Palästina, die Hisbollah im Libanon oder die Dschandschawid im Sudan. Es wird daher für religiöse Rechte schwerer werden, diese von einigen als „2. Arabischer Frühling“ bezeichneten Proteste zu kapern. Dennoch werden einige der Herrschenden versuchen, sie als Werkzeug zur Errichtung einer konterrevolutionären Diktatur zu nutzen. Um dies zu verhindern, müssen die revolutionären Bewegungen die Lehren von vor 10 Jahren anwenden, dürfen niemandem vertrauen als sich selbst. Keine ausländische Macht und keine Fraktion der herrschenden Klasse wird sie aus Krieg, Terror und Krise führen.

Der „Arabische Frühling“ war kein isoliertes Phänomen. Beginnend mit der Wirtschaftskrise und der Occupy-Bewegung wehrten sich die Menschen global gegen die Grausamkeiten eines Systems, das nicht das ihre ist. Eine ähnliche Entwicklung sehen wir heute.

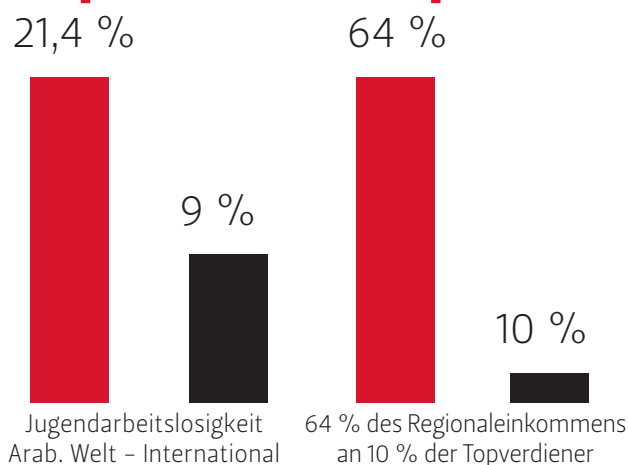
**Oliver Giel**

*Die Lehren aus dem „Arabischen Frühling“ ziehen, um in der neuen Protestwelle erfolgreich zu sein!*

ten die Lebensbedingungen auf der Erde sind. Nicht nur das Kapital globalisiert sich, sondern auch der Widerstand. Immer wieder erheben sich Menschen irgendwo auf der Welt, weil sie sehen, dass die Verhältnisse, unter denen sie leben müssen, ihnen keine Perspektive, keine Zukunft, kein Leben bieten können. Jedoch müssen solche Bewegungen immer dort scheitern, wo sie die Grundlage der Verhältnissen

um gefüllt von Teilen der alten herrschenden Klasse, ausländischen Mächten oder kriminellen Banden. Daher brauchen die Revolutionär\*innen eigene Machtmittel, eigene Medien, eigene Organisationen, eigene Parteien, eigene Gewerkschaften, eigene Machtorgane, mit denen sie die politische und die ökonomische Macht erobern und verteidigen können. All dies fehlte im „Arabischen Frühling“ –

Quellen: Karim el Gawary, ILO / Stand: 2019

**Explosive Widersprüche****Der zeitliche Ablauf des "Arabischen Frühlings"**

- **17.12.2010** Mohamad Bouazizi verbrennt sich in Sidi Bouzid selbst
- **Dez. 2010** Tunesische Polizei greift Demonstrant\*innen an
- **6.1.2011** Erste Massenstreiks in Tunesien
- **10.1.** UGTT (tunesischer Gewerkschafts-Dachverband) verkündet Generalstreik
- **14.1.** Diktator Zine el-Abidine Ben Ali verlässt Tunesien
- **20.1.** Linke und Gewerkschafter\*innen in Algerien beginnen Proteste zu organisieren
- **25.1.** Massenproteste in Ägypten
- **27.1.** Proteste im Jemen beginnen
- **1.2.** ca. 2 Millionen Menschen in Kairo auf der Straße
- **10.2.** Hosni Mubarak wird abgesetzt – das Militär übernimmt die Macht in Ägypten
- **15.2.** Massenproteste in Libyen gegen Diktator Muammar al-Gaddafi
- **20.2.** Proteste in Marokko zwingen Regierung zu Zugeständnissen
- **Februar:** Demonstrant\*innen in Bahrain fordern ein Ende der Diktatur
- **Februar:** Gaddafis militärische Unterdrückung der Proteste führt zum Bürger\*innenkrieg
- **15.3.** erste Massenproteste in Syrien
- **16.3.** Militär und Polizei schlagen die Proteste in Bahrain nieder
- **19.3.** NATO-Bombardement Libyens beginnt
- **April:** Syrisches Militär eröffnet den Bürgerkrieg in Syrien
- **27.4.** Hunderttausende protestieren im Jemen
- **Mai:** Zunehmend bewaffnete Konflikte im Jemen
- **28.8.** Mit NATO-Unterstützung erobern Rebellentruppen die libyische Hauptstadt Tripoli
- **9./10.10.** Nach islamistischem Anschlag auf eine ägyptische Kirche protestieren Muslim\*innen und Christ\*innen gemeinsam; die Armee greift ein – zahlreiche Tote
- **20.10.** Gaddafi wird getötet
- **19.–21.11.** Massenproteste in Kairo fordern Ende der Herrschaft des Militärs
- **20.12.** Massenproteste von Frauen in Ägypten gegen Sexismus und Unterdrückung
- **27.2.2012:** Ali Abdullah Saleh als Präsident des Jemens abgesetzt
- **Juni 2012** Mohammed Mursi (Muslimbrüder) gewinnt Wahl in Ägypten
- **22.11.** In Ägypten beginnen Massenproteste gegen die schlechte soziale Lage und die zunehmend autoritäre Herrschaft der Muslimbrüder
- **Jänner–Juli 2013** zunehmende Proteste gegen Mursi in Ägypten
- **Juli 2013** Mursi wird abgesetzt. Das Militär errichtet eine Diktatur

# Nach der Revolution ist vor der Revolution

**Mohamed Bouazizi** war einer von vielen. Ohne Perspektive auf ein besseres Leben, von den Behörden misshandelt. Der tägliche Kampf ums Überleben wurde für den 26-jährigen tunesischen Gemüsehändler unerträglich. Als er sich im Dezember 2010 selbst

Der Sieg der Massenbewegung in Tunesien zeigte, dass jedes Regime, so fest es auch im Sattel zu sitzen schien, gestürzt werden konnte. Wenige Tage nach Ben Alis Abgang strömten in Ägypten die Massen auf die Straßen. Arbeiter\*innen in den Textil- und Zement-

nicht aufhalten. Unter Jubel und Feuerwerken wurde Langzeitdiktator Hosni Mubarak am 25. Jänner 2011 abgesetzt.

Vom Atlantik bis Iran schien kein Stein mehr auf dem anderen zu bleiben. In Marokko forderten Studierende und Gewerkschafter\*innen soziale und demokratische Rechte, in Algerien forderten sie billigere Lebensmittel und ein Ende der Diktatur, in Libyen erhoben sich ganze Städte gegen die Gewalt des Gaddafi-Regimes. In Jemen und Bahrain forderten die Massen das Ende der Diktatur und in Syrien und dem Irak formierten sich Massenbewegungen gegen Armut, Ausbeutung und Unterdrückung, die alle ethnischen und religiösen Gruppen einschlossen. Selbst auf den Plätzen Spaniens, Italiens, Griechenlands, und Israels hallten die Forderungen der tunesischen und ägyptischen Revolution wider. Die Revolution war international, kein Regime schien stabil und nichts schien sie aufhalten zu können.

Die ursprüngliche Kraft der revolutionären Bewegungen lag im Zusammenwirken zwischen der (zumindest in Teilen) organisierten Arbeiter\*innenbewegung mit den verarmten städtischen Massen und großen Teilen einer Jugend, die nichts mehr zu verlieren hatte und der Weigerung, Spaltung entlang ethnischer und religiöser Linien zuzulassen. Diese Bewegung traf auf Regimes, die der Bevölkerung außer Repression nichts anzubieten

## „Brot, Freiheit, Soziale Gerechtigkeit!“, „Das Volk will den Sturz des Regimes!“ (Demoslogans, Kairo)

verbrannte wurde sein verzweifelter Protest Auftakt einer internationalen revolutionären Welle. Millionen Menschen in Nordafrika, dem Nahen Osten und weit darüber hinaus sahen sich und ihre Situation in den Bildern aus Tunesien.

Alle Versuche des seit 23 Jahren herrschenden Regimes von Ben Ali, Berichte zu unterdrücken und Proteste zu verunmöglichen, waren zum Scheitern verurteilt. Die Gewalt gegen Demonstrant\*innen brachte nur noch mehr Menschen auf die Straße. Jugendliche, Studierende, Arbeitslose, Bergarbeiter\*innen, Anwalt\*innen... immer mehr demonstrieren und stellen sich gegen das Regime. Unter massivem Druck der Basis reihte sich die Einheitsgewerkschaft UGTT in die Proteste ein. Die organisierte Macht der tunesischen Arbeiter\*innenklasse brach dem Regime das Genick. Der Generalstreik legte Wirtschaft und Gesellschaft lahm, hunderttausende waren auf den Straßen – die Diktatur fiel.

fabriken legten die Arbeit nieder, von den Elendsvierteln am Rande Kairs kamen die Menschen auf den zentralen Tahrir-Platz. Zum Höhepunkt der Revolution Anfang 2011 übernahmen bis zu zwei Millionen Menschen das Stadtzentrum Kairs. Hunderttausende demonstrierten in anderen Teilen des Landes. Der Tahrir-Platz war nicht nur symbolisches Zentrum der Bewegung, sondern auch ein Forum, in dem Arbeiter\*innen, Jugendliche, Frauenrechtsaktivist\*innen und viele mehr zusammenkamen, Aktionen planten, die Versorgung von Verwundeten organisierten, Selbstschutz gegen Übergriffe der Polizei von außen und sexistische Übergriffe von „innen“ sicherstellten – kurz, es war ein Ort, an dem Demokratie von unten und die Selbstorganisation der Massen in der Praxis gelebt wurde. Alle Gewalt der Polizei – in den ersten zwei Wochen wurden 846 Menschen getötet – und der Einsatz von Schlägertrupps konnten die Bewegung



hatten und deren überalterte Diktatoren über kaum gesellschaftlichen Rückhalt verfügten. Dies ermöglichte den relativ schnellen Sturz von Ben Ali und Mubarak, sowie (tlw. unter anderen Vorzeichen) Ali Abdullah Salih im Jemen.

Trotz aller Energie und Opferbereitschaft der Massen, ein Großteil ihrer Forderungen blieb unerfüllt. In Ägypten und Tunesien schritt das

mokratie – sozialistische Forderungen später), gelang es nicht, den Kampf gegen die Diktatur mit einem Kampf für soziale Rechte und eine fundamental neue Gesellschaft zu verbinden. So wurden dann auch die Hoffnungen in die demokratischen Zugeständnisse durch Eliten und das Militär bitter enttäuscht.

In Libyen und Syrien, wo Staatsapparat und Staats-

um regionale Stabilität, das Abweisen von Flüchtlingen, und den Zugang zu Ressourcen. Russland und die USA unterstützen ihre jeweiligen Verbündeten, um strategische Positionen zu erhalten. Das iranische Regime und die Golfmonarchien liefern sich einen Kampf um Macht und Einfluss in der Region und unterstützen dabei die verschiedensten djihadistischen Milizen.

Die Enttäuschung über die neuen Diktaturen und die Schrecken der Bürger\*innen- und Stellvertreter\*innenkriege in der Region veranlassen heute all jene bürgerlichen Kommentator\*innen, denen ohnehin vor jeder Massenbewegung graut, den „arabischen Frühling“ als Fehlschlag zu bilanzieren. Die Menschen in der Region und darüber hinaus ziehen aber ihre eigenen Schlussfolgerungen. In den neuen Massenprotesten der letzten Jahre in Tunesien, Algerien, Ägypten und Irak spielt die Arbeiter\*innenklasse eine immer zentralere, organisierte Rolle. 2019 stürzten Arbeiter\*innen und Jugendliche den langjährigen sudanesischen Diktator Omar Al-Bashir. Sofort stellten die Revolutionär\*innen klar: Kein Vertrauen in die Armee, Solidarität aller ethnischen und religiösen Gruppen, Kampf für soziale Gerechtigkeit und Demokratie! Für eine neue Generation von Arbeiter\*innen und Jugendlichen sind die Lehren des „arabischen Frühlings“ zentral für die nächste Revolution.

Janos Rohn

**„Keine ausländische Intervention! Libyer können sich selbst befreien!“ (Transparent, Benghazi 2011)**

Militär ein und garantierte die Stabilität von Staat und Kapital. Syrien, Jemen und Libyen versanken im Bürger\*innenkrieg. Vor allem die soziale Lage großer Teile der Bevölkerung hat sich nicht verbessert. Während für die Masse der an der Revolution Beteiligten soziale Forderungen ebenso zentral waren, wie jene nach demokratischen Rechten, wurden die Bewegungen auf den anti-diktatorischen Teil eingeengt. Die Militärs in Ägypten und Tunesien waren zwar bereit, den alten Diktator abzusetzen, Zugeständnisse, welche die Profite der Herrschenden angegriffen hätten, waren so nicht zu holen. Dabei sicherten die Militärs bürgerliche Herrschaft und den eigenen Einfluss.

Die Revolutionen zeigen die Notwendigkeit, soziale und demokratische Forderungen miteinander zu verbinden. Der politischen Linken in der Region, historisch in der Etappentheorie verhaftet (zuerst bürgerliche De-

spitze enger verbunden waren (sind) als in Tunesien oder Ägypten, versuchte das Militär die Proteste mit Gewalt niederzuschlagen. Anstatt die Spitze des Regimes zu opfern und etwas Macht abzutreten, um sie zu behalten, wurde der Bürger\*innenkrieg geschürt. Dazu kamen ethnische und religiöse Spaltungen, welche Gaddafi und Assad nutzten, um ihre eigene soziale Basis zu sichern und die Bewegungen mit Gewalt zu unterdrücken. Die katastrophalen Kriege in Syrien, Libyen und Jemen wurden dabei durch ausländische Interventionen verschärft.

Trotz liberal-moralischer oder pseudo-antiimperialistischer Rhetorik: Keine der beteiligten Seiten interessiert sich tatsächlich für die demokratischen und sozialen Forderungen der Menschen. Den EU-Staaten, welche bis 2011 beste Beziehungen zu den Diktaturen pflegten, geht es



## Marx aktuell

Bereits vor rund 100 Jahren machte der russische Revolutionär Leo Trotzki in seiner „Theorie der Permanenten Revolution“ klar, dass in den Ländern mit verspäteter kapitalistischer Entwicklung die Lösung der „*demokratischen Aufgabe und des Problems ihrer nationalen Befreiung nur denkbar ist mittels der Diktatur (=Herrschaft, nicht Diktatur im heutigen Wortsinn, Anm.) des Proletariats.*“ Noch 2019 wurden im Democracy Index des Economist lediglich 22 Länder als „vollständige Demokratien“ eingestuft – gemeint ist die ohnehin beschränkte bürgerliche Demokratie! In den neokolonialen Ländern ist dies die Konsequenz der verzögerten Entwicklung des Kapitalismus. Stellte die parlamentarische Demokratie zu Beginn der internationalen Entwicklung des Kapitalismus in z.B. Frankreich und Britannien für das Bürgertum einen Weg zur Durchset-

## Demokratie und Kapital – Etappen und Permanenz

zung seiner Interessen dar, waren in den Kolonien und neokolonialen Staaten autoritäre Systeme notwendig, um die wirtschaftliche Macht des Kapitals zu festigen. An z.B. einer Landreform haben die Herrschenden, oft Kapitalist\*innen UND Großgrundbesitzer\*innen, kein Interesse.

Die arabischen Staaten stellen hierfür ein eindrucksvolles Beispiel dar. Vor dem Hintergrund von deren wirtschaftlicher Abhängigkeit wurde die Besetzung von Staatsposten zur Grundlage von Bereicherung und Beschaffung von Kapital. So konnte in Ägypten die oberste Schicht der Militärs durch Rüstungsgeschäfte ein Vermögen anhäufen, mit welchem sie über den Bausektor, das verarbeitende Gewerbe und den Tourismus 30-40% der Wirtschaft kontrolliert. Die Frau von Tunesiens Ex-Diktator, Ben Ali, bunkerte 45 Milliarden Dollar auf Auslandskonten. Diktatorische Regime dienen auch zur Absicherung dieser Staatsposten. Dabei wird auch nicht vor Massenmord, Krieg und religiöser bzw. ethnischer Spaltung zurückgeschreckt. Multinationale Konzerne und imperialistische Regierungen stützen die lokalen Machthaber\*innen für den Zugang zu Rohstoffen und geostrategische Interessen.

Selbst eine bürgerliche Demokratie würde hingegen für die herrschende Klasse eine Bedrohung darstellen: Die Arbeiter\*innenklasse (und die städtischen und ländlichen Armen) hätten „zu viel“ Einfluss und der Verlust von Staatsposten würde den Herrschenden die Grundlage ihrer Akkumulation von Reichtum und Kapital erschweren. Dies stellt ein grundlegendes Merkmal des Kapitalismus in der Region dar. Die Überwindung diktatorischer Regime macht somit die Verbindung demokratischer Forderungen mit einer Umwälzung der sozialen Verhältnisse durch die Arbeiter\*innenklasse unter ihrer eigenen Führung unerlässlich. Nur die Arbeiter\*innenklasse, im Bündnis mit den armen Massen, hat sowohl das Interesse, als auch die Kampfkraft, um Al Sisi, Assad & Co. den Kampf anzusagen. Die ungleiche Entwicklung des Kapitalismus erzeugt weltweit autoritäre Regime und Diktaturen. Die Antwort darauf kann nur sozialistische Demokratie – nicht nur im arabischen Raum, sondern auch in Nigeria, Belarus, oder Berg-Karabach – sein.

Lukas Kastner

## Zum Weiterlesen

Leo Trotzki:

Die Permanente Revolution  
1929



# Bis zum Ende gehen: Von der Revolution zum Sieg

Der „Arabische Frühling“ war kein kurzfristiges Phänomen, sondern der Beginn einer Periode von Revolution und Konterrevolution. Dass die Revolutionen im Nahen und Mittleren Osten und in Nordafrika unvollendet geblieben bzw. gescheitert sind, zeigt sich seitdem darin, dass es immer wieder neue Ausbrüche von Massenbewegungen gibt. Dieser unvollendete Prozess hat in einigen

wurden von diesem erst groß gemacht.

Trotz aller Rückschläge konnten wir in den vergangenen Jahren sehen, wie die Massen wichtige Lehren aus dem Arabischen Frühling gezogen haben. 2019 haben sich Massenproteste im Sudan, Libanon, Irak auch nach einzelnen Erfolgen oder Zugeständnissen fortgesetzt. Anders als beispielsweise in Ägypten nach dem Sturz von Mubarak ist der

mus, Krieg und Unterdrückung gibt. Die Geschichte verschiedener Revolutionen zeigt aber auch, dass es notwendig ist, in den entscheidenden Momenten bis zum Ende zu gehen und politisch die alten Eliten vollständig zu stürzen, aber auch sozial und wirtschaftlich die Herrschaft der Kapitalist\*innenklasse zu brechen, um diese Revolutionen zum Sieg zu führen und ihre Errungenschaften verteidigen zu können.

de Organisation würde die Energie der Massen verfliegen wie Dampf, der nicht in einem Kolbenzylinder eingeschlossen ist. Die Bewegung erzeugt indes weder der Zylinder noch der Kolben, sondern der Dampf“.

Hätte es in den verschiedensten Revolutionen eine Massenpartei gegeben, die mit einer revolutionären Führung bewaffnet gewesen wäre, hätten die Arbeiter\*innen und Armen mehr als einmal die politische und wirtschaftliche Macht ergreifen können. Angesichts von massiver staatlicher Repression, militärischen Konflikten und sich ausbreitendem religiösen Fundamentalismus war die Vorstellung „führerloser Revolutionen“ nicht nur naiv, sondern fatal. Linke Kräfte in verschiedenen Ländern hätten sich zu größeren revolutionären Kräften entwickeln können, wenn ihre Führung sich nicht opportunistisch gegenüber prokapitalistischen Kräften verhalten, keine Illusionen in eine Phase bürgerlicher Demokratie gehabt und damit die Entwicklung neuer Arbeiter\*innenparteien in ihren jeweiligen Ländern nicht behindert hätte. Eine revolutionäre Partei des Nahen und Mittleren Ostens und Nordafrikas muss Klarheit über den Klassencharakter des Staatsapparats und des Imperi-

alismus, die Notwendigkeit des Internationalismus und die zentrale Rolle der Arbeiter\*innenklasse haben. Sie muss ein Programm zum Sturz der reaktionären Regimes und der „demokratischen“ Regierungen aufstellen, das eine Perspektive für die notwendigen Schritte nach revolutionären Erhebungen bietet: Eine sozialistische Staaten-Föderation und die Übernahme der politischen Macht und der Wirtschaft durch die Arbeiter\*innenklasse. Zentrale Aspekte eines solchen Programms sind die Verbindung sozialer Maßnahmen gegen Armut, Inflation und Massenarbeitslosigkeit und für menschenwürdiges Wohnen, Gesundheitsversorgung, Bildung usw. mit dem Kampf um demokratische Rechte, Frauenrechte, das Recht auf nationale Selbstbestimmung wie z.B. in Kurdistan und gegen sektiererische Politik, Korruption und Krieg. Dafür darf es kein Vertrauen in imperialistische Kräfte geben, die Arbeiter\*innenklasse muss einen unabhängigen Standpunkt für eine Regierung von demokratisch gewählten Vertreter\*innen der Arbeiter\*innen und Armen und die Überführung der Schlüsselindustrien und der Wirtschaft in ihre eigenen Hände einnehmen. DAS ist die Basis um zu gewinnen!

**Sarah Moayeri**

## Unvollendete Revolutionen führen zu Krieg, Reaktion und Niederlagen für die Arbeiter\*innenklasse.

Ländern zu Rückschlägen, Konterrevolutionen und (Bürger-)Kriegen wie in Syrien oder Libyen geführt. Auch in Ländern wie Ägypten oder Tunesien wurden die drängenden Probleme wie Armut, Repression und Arbeitslosigkeit nicht gelöst. Der verstärkte Aufstieg fundamentalistischer Kräfte, des IS, der Muslimbruderschaft etc. hing mit dem Scheitern der Revolutionen zusammen, weil diese Kräfte ein politisches Vakuum füllen konnten. Die offensiven reaktionären Kräfte waren dem westlichen Imperialismus lieber als erfolgreiche sozialistische Revolutionen, bzw.

Arbeiter\*innenklasse heute zum Teil bewusster, dass der Sturz einzelner Diktatoren oder Figuren der Regimes, wie im Sudan oder Irak, nicht ausreicht. Diese Entwicklungen im Bewusstsein verdeutlichen das Potential für tiefgehende soziale Umwälzungen.

Von Chile über Indonesien bis Libanon: Zahlreiche revolutionäre Entwicklungen in unterschiedlichen Teilen der Welt haben in den letzten Jahrzehnten gezeigt, dass es immer wieder, quasi „automatisch“, zu Massenbewegungen und Aufständen durch die Arbeiter\*innenmassen und Unterdrückten kommen wird, solange es Kapitalis-

**Eine der wichtigsten** Lehren aus den revolutionären Entwicklungen ist die Notwendigkeit einer revolutionären Partei: Diese braucht ein Programm für die Errichtung einer sozialistischen Demokratie, die mit Arbeiter\*inneneinheit eine Antwort auf tiefgreifende religiöse, nationale und ethnische Spaltungen bietet und ist fähig, die Arbeiter\*innenklasse zu organisieren und sie zum Sieg zu führen. Revolutionäre Spontaneität der Massen ist nicht genug für eine erfolgreiche Revolution. Trotzki schrieb über die Rolle der revolutionären Partei in der russischen Revolution: „Ohne eine leiten-

# Jugend steht auf gegen Krieg

**International** nehmen Spannungen zu: Handels- und Wirtschaftskonflikte zwischen USA und China, aber auch Russland, EU & Co. spitzen sich zu, der Krieg in Syrien läuft seit Jahren und jüngst brach der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidshan wieder aus. Weltweit rüsten Staaten auf und die Militärausgaben stiegen allein 2019 um 3,8% auf \$1917 Mrd. Auch die Jugend setzt sich zunehmend mit dem steigenden Kriegspotential auseinander. Auf Protesten, in Jugendkultur, auf Memes und in Diskussionen trifft man immer wieder auf satirische, kritische und antimilitaristische Kommentare oder Anspielungen zu aktuellen, vergangenen und auch – möglichen – künftigen Kriegen. Denn auch wenn der 3. Weltkrieg nicht vor der Tür steht, ist eine weitere Eskalation der Weltlage (inklusive Krieg) angesichts der Krise abzusehen.

Dies könnte – zur großen Angst der Herrschenden – auch eine neue Anti-Kriegs-Bewegung hervorrufen. Die Bewegungen gegen den Vietnamkrieg und die Golfkriege wurden von Schüler\*innen und Studierenden losgetreten, welche schnell und dynamisch Protes-

te, Schulstreiks und ähnliches organisierten. Sie entstanden innerhalb von kurzer Zeit und wurden von breiten Teilen der Jugend als „leichte Kavallerie“ angeführt – oft folgten auch Arbeiter\*innenklasse und Gewerkschaften. In Frankreich eskalierten die Studierendenproteste gegen den Vietnamkrieg zur revolutionären Situation der „68er“ und auch in den Protesten gegen den Irakkrieg (1991/2 & 2003) spielten Gewerkschaften eine wichtige – wenn auch nicht immer positive – Rolle. Die Anti-Golfkrieg-Demos starteten in einer Jugendbewegung, die SLP organisierte in Österreich in deren Rahmen Schulstreiks und das CWI (Vorgängerin der ISA) intervenierte international in die Proteste, die in Millionen weltweit auf der Straße und auch in Streiks gipfelten.

Eine solche neue Friedensbewegung hätte enormes Potential, da viele Jugendlichen bereits heute Erfahrungen mit Internationalismus, global organisierten Bewegungen und (Schul-) Streiks haben – eine gute Basis für eine Bewegung, die die Herrschenden in ihren Grundfesten erschüttern und ihr System – den kriegstreiberischen Kapitalismus – ein für alle Mal beenden kann.

## Es reicht nicht, nur auf Demonstrationen zu gehen

**Ich bin** in einer sehr politischen Familie groß geworden und war schon sehr früh als Kind immer mit auf Demos, zum Beispiel gegen die erste schwarz-blaue Regierung. Ich habe schnell gemerkt, dass man etwas gegen die herrschende Politik und die Probleme, die der Kapitalismus mit sich bringt, tun kann und dass man nicht alles hinnehmen muss. Irgendwann war es mir

dann zu wenig, immer nur auf Demos zu gehen und ich wollte Teil einer politischen Organisation werden. Deshalb habe ich mich auch entschlossen, der SLP beizutreten. Das Programm und die Positionen der SLP spiegeln das wider, was ich denke. Ich war vorher bei der Linkswende aktiv, an der ich aber aus vielen Gründen Kritik habe, unter anderem aufgrund ihrer Positio-



## Krise: Jugend ohne Job

**Fast die Hälfte** der 18- bis 29-jährigen in Deutschland empfanden ihre Situation in den Monaten von März

„nur“ 9,4% (Eurostat). Viel ist aber auch klar, dass die staatlichen Maßnahmen viele Pleiten und den Ver-

*In der Krise zeigt sich noch deutlicher, dass dieses System keine gute Zukunft für Jugendliche bietet.*

bis Juli als „belastend“, das zeigt das Covid-19 Snapshot Monitoring-Projekt der Uni Erfurt – ähnliches kann man auch für andere EU-Länder annehmen. Das ist angesichts der aktuellen Situation und v.a. der steigenden Arbeitslosigkeit kein Wunder! Die Jugendarbeitslosigkeit stieg in der EU im September 2020 auf 17,1%, in Österreich auf

lust von Arbeitsplätzen nur verzögern können – gerade in der Krise.

**Während** Jugendlichen, v.a. jungen Frauen, jahrelang vorgebetet wurde, wie wichtig eine gute Ausbildung für die Zukunft sei, sehen wir nun seit Jahren, wie die Chancen auch der „Besten“ zusammenbrechen. Für die Mehrheit

wird sogar der Zugang zur Bildung laufend schwieriger. Die Aussichten sind tatsächlich düster, die Zukunftsangst steigt. Es gibt kaum Organisationen, die wirklich für die Jugend eintreten und die Gewerkschaften sind den meisten Jugendlichen völlig unbekannt. Dennoch sind Jugendliche seit Jahren zunehmend aktiv für das Klima, gegen Rassismus, für Frauenrechte und Demokratie. Sie organisieren sich global und sammeln Erfahrung darin, Kämpfe zu führen. Der Kampf für Jobs und soziale Rechte kann auf diese Erfahrungen aufbauen.

**Beide Artikel von Moritz Bauer**

## Scheinheiliger des Monats



**Der FPÖ-Bürgermeister** von Wels (OÖ), Andreas Rabl, hat versucht, das Gedenken zur Pogromnacht 1938 an sich zu reißen und damit zu entwerten. Die Welser Antifa-Initiative hat dies allerdings verhindert. Die Jüdischen HochschülerInnen (JöH) fanden passende Worte zu Rabl: „Zynisch und scheinheilig“!

**Katja, 29**



# Massenbewegung statt Illusion in Biden

**Der US-Kapitalismus** hat den arbeitenden Massen nur mehr Chaos, gesundheitliche Bedrohungen, Armut, autoritäre Umtriebe und rassistische Hetze zu bieten. Das Trump-Regime ignoriert das eindeutige Wahlergebnis und zeigt offenen Putschgelüste. Über 40 Millionen Menschen droht Delogierung und/oder der Verlust von Arbeitslosenunterstützung. Biden und die Demokraten werden

Land, insbesondere die Armen, gefährlich unvorbereitet auf die Covid-Pandemie zurückgelassen. Unmittelbar gibt es keinen nationalen Plan zur Bewältigung der Pandemie; die Zahl der Neuerkrankungen hat Rekordhöhen erreicht und die Krankenhäuser in vielen Teilen des Mittleren Westens steuern auf einen Zusammenbruch hin. Das Scheitern der Republikaner und Demokra-

tastrophen sind Nebenprodukte des zerfallenden Kapitalismus. Donald Trump ist ebenfalls ein Nebenprodukt des zerfallenden Kapitalismus und hat während seiner Amtszeit daran gearbeitet, fast jedes der Probleme der arbeitenden Menschen zu verschlimmern. Aber er hat die Probleme nicht geschaffen. Und während Dutzende von Millionen Menschen hier und auf der ganzen Welt

„In einer Konferenzschaltung am Donnerstag nach dem Wahltag entfesselte die konservative Demokratin Abigail Spanberger einen billigen Angriff auf das, was die Partei (bei den Kongresswahlen) angeblich nach unten zog: Der 'Sozialismus' innerhalb der Partei, von dem sie behauptet, er habe die Mehrheit von der Wahl der demokratischen Kandidat\*innen abgehalten. Dies war ein unverhüllter Angriff auf die Progressiven im Parlament, die Gesundheitsfürsorge für Alle, den Grünen New Deal und jene Politik unterstützen, die bei arbeitenden Menschen und der Jugend allgemein beliebt sind. Die progressive Abgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez (AOC) führt den linken Flügel der Demokraten an, indem sie sich gegen die Idee wehrt, dass die US-Wähler\*innen zu konservativ für das arbeitnehmer\*innen-freundliche Programm seien, das Bernie Sanders in seinen Präsidentschaftskampagnen populär gemacht hat. Die Truppe ('squad') muss eine Bewegung aufbauen – Was die sehr reale Schwäche für progressive Ideen in Washington lindern wird, ist die 'externe Unterstützung', auf die AOC hingewiesen hat. Es gibt zig-millionen von arbeitenden Men-

schen, die echten Wandel hin zu einer progressiven Politik wollen. Es fehlt ein Vehikel, mit dem eine Massenbewegung die Milliardärsklasse wirksam bekämpfen kann. Wenn AOC und der 'Squad' eine fortschrittliche Rolle in der Geschichte spielen sollen, müssen sie sowohl die Idee aufgeben, dass es eine Einheit zwischen den Progressiven und den kapitalistischen korporativen Kräften der Demokratischen Partei geben kann, als auch letztlich die diskreditierte Demokratische Partei selbst. Es gibt zwei wichtige Schritte, die AOC & der Squad unternehmen müssen, um 'Medicare für alle' zu gewinnen: Erstens, sich einer Strategie der Massenbewegung zuzuwenden. Dies erfordert den Aufbau von Kampf und Organisation an der Basis, um für eine fortschrittliche Politik zu kämpfen. In diesem Kampf wird es von großem Vorteil sein, bestehende soziale Bewegungen wie Black Lives Matter sowie fortschrittliche Gewerkschaften ins Boot zu holen. Das zweite, was die Gruppe dringend tun muss, ist der Aufbau einer neuen politischen Partei, die von der Kapitalist\*innen-Klasse unabhängig ist.“

**Lesen Sie mehr auf:**

[socialistalternative.org](http://socialistalternative.org)

## Was sagen US-Sozialist\*innen zum Chaos nach den Wahlen, der sozialen Krise und dem Covid-19-Leid?

nichts an den zugrundeliegenden Ursachen ändern, da sie Teil des Problems sind.

Dazu schreiben die Aktivist\*innen der „Socialist Alternative“, der Schwesterorganisation der SLP in den USA:

„Die arbeitenden Menschen in den USA sind mit einer Krise massiven Ausmaßes konfrontiert. Jahrzehntelange neoliberale Angriffe auf Gewerkschaften und die Errungenschaften der Werktätigen haben das größte Maß an Ungleichheit und massive Prekarität geschaffen. Die tiefen Einschnitte bei öffentlichen Spitälern in den letzten Jahren und die Tatsache, dass Millionen Menschen ohne Krankenversicherung sind, haben das

ten, einer Verlängerung der Aufstockung der Gelder für Arbeitslose um 600 \$ zuzustimmen, bedeutet, dass Millionen Menschen auf Überziehung ihrer Kreditkarten leben und nur aufgrund des bundesstaatlichen Räumungsmoratoriums in ihren Häusern bleiben können. 100.000 Kleinunternehmen werden ohne weitere Hilfe scheitern. Unterdessen hat die Epidemie von Polizeibrutalität eine große multi-ethnische Rebellion gegen Rassismus ausgelöst. Ganz zu schweigen von der größten Herausforderung, vor der wir stehen: Die Klimakatastrophe, die sich durch die verheerende Waldbrandsaison in den westlichen Bundesstaaten zeigt. All diese Ka-

sich verständlicherweise über das Ende des Trump-Regimes freuen, müssen wir tiefer schauen, um eine Lösung für die zugrundeliegenden Probleme zu finden. Insbesondere müssen wir sehen, wie das politische System der Zweiparteien-Korporation und vor allem die Demokratische Partei daran gearbeitet haben, die Herrschaft der Milliardärs-Elite aufrechtzuerhalten. In den USA gab es in den 1930er, 70er und 90er Jahren Möglichkeiten, eine Partei der arbeitenden Bevölkerung aufzubauen. Diese wurden aus verschiedenen Gründen verweigert. Heute ist es für Millionen, vor allem junge Menschen, klarer denn je, dass der Kapitalismus ein bankrott System ist.“

# Neue Massenbewegungen

2019 sah eine Welle von Massenprotesten auf allen Kontinenten. Im Iran lösten Benzinpreiserhöhungen die heftigsten Proteste seit 40 Jahren aus. In Hong Kong brachten Angriffe auf demokratische Rechte ein Viertel der Bevölkerung auf die Straße. In Frankreich (general-)streikten Arbeiter\*innen gegen die Pensionsreform und eine Fahrpreiserhöhung führte zu den größten Protesten in der Geschichte Chiles. Die Liste lässt sich fortsetzen.

Die Protestwelle wurde wegen der Pandemie vorübergehend ausgebremst, die Probleme aber nicht gelöst. Doch die Unfähigkeit kapitalistischer Regierungen, Antworten auf Pandemie und Wirtschaftskrise zu geben, führen zu einer Zuspitzung der sozialen Widersprüche. Massenarbeitslosigkeit und Verarmung führen bei Jugendlichen und Arbeiter\*innen weltweit zu Angst und Wut. Gleichzeitig fehlen kampfbereite Organisationen der Arbeiter\*innenklasse. Das macht es schwer vorhersehbar, an welchen Funken sich Proteste entzünden.

In den USA hat der Polizeimord an George Floyd eine neue #BlackLivesMatter-Bewegung

ausgelöst. Soziale Fragen stehen hier stärker im Vordergrund als früher. Das hat (wie 2019 Fridays For Future) weltweit Menschen auf die Straße gebracht. Mit #EndSars ist in Nigeria eine Massenbewegung gegen Polizeimorde entstanden. In Peru löste der Putsch des völlig korrupten Kongresses gegen den Präsidenten Massenproteste aus. Sie zwangen den neu eingesetzten Präsidenten nach fünf Tagen zum Rücktritt. In Belarus folg(t)en auf Lukaschenkos Wahlbetrug Massendemonstrationen und Streiks. Frauen spielen in allen diesen Bewegungen eine zentrale Rolle. In Polen sind es vor allem junge Frauen, die erneut weitere Verschärfungen des Abtreibungsverbotes erfolgreich bekämpft haben. Auch diese Liste ist nicht vollständig.

Gründe für Massenproteste gibt es überall. Um dauerhafte Erfolge einzufahren, brauchen sie ein Programm, das die konkreten Anlässe der Proteste mit sozialen Forderungen und der Perspektive einer demokratischen, sozialistischen Gesellschaft verbindet. Der Kapitalismus beweist Tag für Tag, dass er nicht fähig ist, menschliche Grundbedürfnisse zu erfüllen.



## Bewusster in die neue Protestwelle

Die neue Welle von Massenbewegungen baut auf Erfahrungen aus vorangegangenen Bewegungen auf.

fruchtbaren Boden fallen. Der Gegensatz von „die da oben“ und „wir hier unten“ ist offensichtlich. Vielerorts

*Was kann den Kapitalismus ersetzen? Wie kommen wir da hin? Diese Fragen sind für viele offen.*

Finanzcrash, Weltwirtschaftskrise 2008/09 und das Abwälzen der Kosten auf die Arbeiter\*innenklasse haben vielen gezeigt: Es gibt keine „Politik für alle“, sondern widersprüchliche Interessen in der Gesellschaft.

Wer heute 20 ist, erlebt die zweite tiefe Weltwirtschaftskrise. Propaganda für einen funktionierenden Kapitalismus wird hier kaum auf

steht dem Nationalismus der Herrschenden und der extremen Rechten ein Internationalismus bzw. Anti-Nationalismus von v.a. jungen Aktivist\*innen gegenüber. Die Anknüpfungspunkte für antikapitalistische, v.a. aber sozialistische Ideen sind groß. Nach Stalinismus und Sozialdemokratie stehen zwar Viele sozialistischen Ideen weiterhin skeptisch gegenüber,

doch auch daran ändert sich etwas. Der beliebteste US-Politiker, Bernie Sanders, bezeichnet sich offen als Sozialist. Die Verantwortung für kämpferische Sozialist\*innen ist enorm: Gerade weil das Misstrauen in die Regierungen und das Establishment berechtigterweise so groß ist, darf diese Kritik nicht der extremen Rechten überlassen werden. Gerade weil die Herrschenden keine Antworten auf Corona-, Klima- und Wirtschaftskrise haben, hilft kein nationaler Schulterschluss, sondern nur internationaler Widerstand und Klassenkampf gegen die Herrschenden und ihr kapitalistisches System.

Beide Artikel von  
Flo Klabacher

Nachrichten aus der ISA (International Socialist Alternative)

## Deutschland: Kampf für KV

Die Beschäftigten der CFM, eines Tochterunternehmens der Uni-Klinik Charité, kämpfen seit Jahren für einen Kollektivvertrag. Ein Abschluss befindet sich in greifbarer Nähe. Nun kündigte CFM Mitglieder des Verhandlungsteams – es gibt Vorwürfe von Sexismus und Rassismus. Diese Vorwürfe müssen ernst genommen werden. Gleichzeitig ist auffällig, dass die Geschäftsführung davon massiv profitiert. Die Ge-

kündigten waren tragende Personen dieses Arbeitskamps, somit ist dies ein Angriff auf die Aktivitäten der Beschäftigten. Die SAV (ISA in Deutschland), die den Arbeitskampf seit Jahren unterstützt, fordert die Rücknahme der Kündigungen, die Einsetzung einer gewerkschaftlichen Untersuchungskommission zu den Vorwürfen und den von den Kolleg\*innen geforderten Abschluss der KV-Verhandlungen.

[sozialismus.info](http://sozialismus.info)

## Nigeria

Nach mehreren Fällen von Polizeibrutalität in Nigeria kam es zu Massenprotesten im ganzen Land. Movement for a Socialist Alternative (ISA in Nigeria) beteiligt sich und solidarisiert sich mit der Bewegung. Es wird ein Ende der Polizeigewalt und Entschädigungen für die Opfer gefordert, sowie versucht, breitere Teile der Arbeiter\*innenklasse in den Kampf miteinzubeziehen.

[socialistmovementng.org](http://socialistmovementng.org)

## Schweden: Schulreferendum

Die schwedische Regierung versucht eine Schulreform umzusetzen, die zu Schulschließungen und Budgetkürzungen führen würde. In der Stadt Lulea gibt es seit Jahren Widerstand dagegen. In den letzten 5 Jahre kam es u.a. zu mehreren Demonstrationen, an denen sich Tausende beteiligten. Jetzt kam es zu einem Referendum, in dem sich 92% gegen die Reform aussprachen. Rättvispartiet Socialisterna (ISA in Schweden)

den) ist mit 2 Sitzen im Stadtrat von Lulea vertreten und hat organisatorisch und inhaltlich eine führende Rolle in dieser Bewegung. Es ist nicht auszuschließen, dass die Regierung versucht, das Referendum zu ignorieren. Falls es dazu kommt, schlägt RS einen Streik vor, um das Ergebnis der Abstimmung durchzusetzen und die Bewegung auf andere Teile des Landes auszuweiten.

[www.socialisterna.org](http://www.socialisterna.org)



# Social Media und ihre Rolle im Kapitalismus

**Die letzten Jahre** haben eindrucksvoll die (politische) Bedeutung von Social Media wie Facebook, Twitter, Instagram, TikTok & Co. gezeigt: Auf der einen Seite sehen wir, wie Proteste in Belarus, Chile oder Black Lives Matter (BLM) über

Abhängigkeiten nicht nur in Kauf, sondern produzieren sie. Es werden also nicht primär Bedürfnisse befriedigt, sondern geschaffen. Ein sehr offensichtliches Beispiel dafür ist das Schalten von Werbungen oder anderen Anzeigen. Gegen

weise ihren Ausdruck verstärkt auf social media finden. TikTok oder Twitter sind wohl die bekanntesten Plattformen für politische Inhalte. Gerade für Jugendliche ist eine gewisse Form von Internationalismus durch Vernetzung

posts) entsprechend gestreamlined: Das bedeutet, dass wegen der Kurzfristigkeit von Inhalten Diskussionen nur sehr oberflächlich und schwach strukturiert (siehe so gut wie jede Kommentarsektion zu politischen Inhalten) geführt werden können.

Durch Stellschrauben an verschiedenen Algorithmen können die Einflussphären auf social media vergrößert oder verringert (je nach Willkür und "Wohlfühlen" der Herrschenden) werden – eine implizite Zensur. Plattformen wie Twitter können zwar automatisiert Nachrichten als Falschinformationen kennzeichnen oder direkt löschen (bzw. algorithmisch unterdrücken), aber dieselben Mechanismen können auch kritische Posts, Artikel oder Meinungen löschen oder unterdrücken. Aus vielen Ländern kennen wir Beispiele von expliziter Zensur, also dem Sperren von Inhalten oder Websites, bzw. in neokolonialen Ländern ist der Luxus eines stabilen Internetzugangs für Wohlhabende und Herrschende leistbar und (aus)nutzbar.

Auch mitzudenken sind psychische Belastungserscheinungen – die nicht direkt durch social media erzeugt, aber verstärkt werden – wie ständige Erreich-

barkeit, Leistungs- und Upload-Druck, um nicht "durch den Algorithmus zu fallen", propagierte Schönheits- und Körperbilder oder verschiedenste Formen von Online-Harassment (mobbing, catfishing, revenge-porn, ...) die wir hier nur erwähnen können.

Wie so oft hemmt der Kapitalismus die volle Entfaltung des Potenzials von social media. Er verstümmelt eine Erfindung, die dem grundlegend sozialen Wesen des Menschen entspricht, mit Paywalls (Inhalte nur gegen Geld), Datenverkauf, Überwachung, mangelnder Datensicherheit, Manipulation, politischer Willkür und psychischen Belastungen.

Anstatt von Symptombekämpfung und sehr oberflächlichen Vorschlägen wie dem Abschaffen von Like-Funktionen oder dem Kennzeichnen von Beauty-Filtern, die nichts an der Funktionsweise oder den zugrundeliegenden Problemen ändern, sollten wir die Besitzfrage der Social Media Konzerne, die Frage von demokratischer Verwaltung der Infrastruktur und die Kontrolle über unsere Daten bzw. die Sicherheit unserer Daten oder von Mitbestimmung über Konfiguration von bestimmten Algorithmen aufbringen.

**Stefan Brandl**

## *Zwischen Gefahren und Potenzialen – entscheidend sind die Besitzverhältnisse.*

diese online Plattformen organisiert worden sind, oder wie #metoo auf diesem Weg in die Gesellschaft getragen worden ist. Auf der anderen Seite werden Wahlen durch gezieltes Schalten von Werbung (microtargeting) durch Unternehmen wie Cambridge Analytica beeinflussen und Terrorgruppen tauschen sich über verschlüsselte Nachrichtendienste (z.B. Signal, ...) aus. In diesem Artikel versuchen wir, die (politische) Bedeutung von Social Media zu analysieren und welchen Problemen sie im Kapitalismus ausgesetzt sind.

Beginnen müssen wir mit ihrer Funktion in einer kapitalistischen Gesellschaft: Wie bei jeder anderen Technologie oder jedem anderen Produkt ist das Ziel in erster Linie Profitschaffung. Die Konzerne nehmen – ähnlich wie die Tabak-, Alkohol- oder Spielindustrie

Geld kauft man Reichweite – ähnlich verhält es sich bei Dating-Apps, wo man für mehr "Likes" oder "Matches" extra zahlen kann. "Aber ich kann Facebook (Instagram, ...) ja auch gratis nutzen?" Jein. Zwar sind alle Funktionen von Facebook ohne finanzielles Entgelt nutzbar, das bedeutet aber nicht, dass keine Profite generiert werden. Auf den meisten Plattformen "zahlen" die Benutzer\*innen durch ihre persönlichen Informationen (Nutzungszeiten, Standortanfragen, Synchronisierung der Kontakte, ...), welche vom jeweiligen Unternehmen dann weiterverkauft und so zu Geld gemacht werden können.

Trotzdem dürfen wir natürlich nicht vernachlässigen, dass – insbesondere in Zeiten von social distancing politische Meinungen und Bewegungen zwangs-

über Social Media nicht mehr aus dem alltäglichen Leben wegzudenken. "Automatisch" konnten Bewegungen wie BLM, #metoo oder Fridays for Future sofort weltweit Fuß fassen und nicht in den jeweiligen Landesgrenzen "gehalten werden". Auch den Herrschenden unliebe Meinungen und Inhalte können schwerer totgeschwiegen werden.

Dabei müssen wir bedenken, dass social media zwar Bewegungen, Solidarität oder Widerstand beschleunigen, aber nicht selbst erzeugen. Sie ermöglichen auch keine kollektiven Diskussionen oder Erfahrungsaustausch. Inhalt und Diskussion spiegeln ein verhältnismäßig niedriges Bewusstsein wider, das auf social media seinen Ausdruck findet – Inhalte werden je nach Plattform (vgl. Facebook und Twitter

# Der Aufstand der Arbeiter\*innen in Polen

**Das stalinistische** Polen hatte am Ende der 1960er Jahre einige wirtschaftliche Probleme und damit zu kämpfen, die Bevölkerung ausreichend mit Le-

*Es geschah vor*

**50**  
*Jahren...*

bensmitteln zu versorgen. Nach dem Posner Arbeiter\*innenaufstand 1956 verursachte 1970 die Ankündigung, die Lebensmittelpreise vor Weihnachten um bis zu 38% zu erhöhen, Demonstrationen entlang der Ostsee. Die Proteste steigerten sich zu ei-

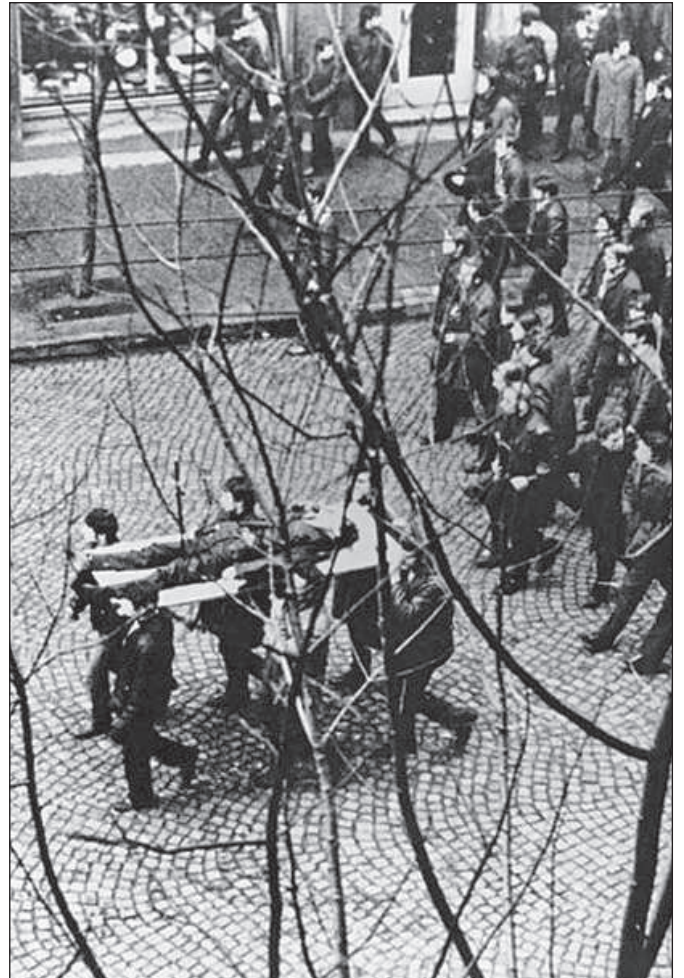
nem Volksaufstand und Polen befand sich zeitweise am Rand eines Bürger\*innenkrieges.

**Den Start** machten die Arbeiter\*innen in der Werft von Danzig mit einem Streik, dann breiteten sich die Proteste über ganz Polen aus. Die Hotspots waren zwar Gdingen und Danzig, doch sie breiteten sich auch auf Stettin, Helbing, Warschau, Breslau und noch einige andere Städte aus.

**Als Reaktion** wurden Panzer in die Städte geschickt, die Proteste blutig niedergeschlagen und beendet. Es wird geschätzt, dass über 100 Personen starben, über 1.000

der Demonstrant\*innen verletzt wurden. Die stalinistische Bürokratie war in Panik und versuchte die Proteste mit einer Kombination aus Repression und Zugeständnissen einzudämmen und zu beenden. Gomulka, der damalige Parteichef der stalinistischen „Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei“ (PZPR), welcher die Befehle zur blutigen Niederschlagung erteilte, wurde durch Edward Gierek ersetzt. An einer Fortsetzung des arbeiter\*innen-feindlichen Kurses der PZPR änderte das aber wenig und führte nur 10 Jahre später zu weiteren Erhebungen.

**Pawel Nowak**



## Sozialistische LinksPartei Wofür wir stehen

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte.
- Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschaftlerInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.



## Frauenrechte in der Krise: Jetzt kämpfen!

Seit Beginn der Corona-Krise haben sich die ÖGB hat im Juni 2020 berichtet, dass 85% der Co- zu mehr Gewalt geführt und zu weniger Mög-

*In der Krise tragen Frauen aus der Arbeiter\*innenklasse oft die Hauptlast: Zuhause und am Arbeitsplatz.*

Probleme, die Frauen schon vorher hatten, verschärft. Sie sind es, die überwiegend in der Pflege, als Lehrer\*innen, Kindergärtner\*innen und im Handel arbeiten. Der

rona-Arbeitslosen weiblich sind. Die Mehrbelastungen durch Hausarbeit, Kinderbetreuung und die Isolation im Lockdown kommen noch dazu. Die Isolation hat auch

lichkeiten, auszubrechen. Frauennotrufe haben seit Beginn der Krise 40% mehr Anrufe registriert. Auch der Zugang zu Abtreibungen wurde erschwert.

Was es braucht, sind konkrete Verbesserungen: Leistbarer Wohnraum, höhere Löhne, Arbeitszeitverkürzung und mehr Schutzeinrichtungen. Frauen standen schon vor der Krise an der vordersten Front im Kampf gegen Sexismus und für bessere Arbeitsbedingungen, z.B. im Gesundheits- und Sozialbereich. Es ist nötig, diese Kämpfe wieder zu beleben und zusammenzuführen, um diesem System ein Ende zu setzen.

**Jetzt neu:**

### 200 Jahre Friedrich Engels:

Auch heute noch sind die Analysen von Engels hochaktuell. Ein Text über und einer von Engels in dieser neuen Broschüre der SLP.

**Bestellen**  
unter [slp@slp.at](mailto:slp@slp.at)

### Treffpunkte

#### GRAZ

SLP-Ortsgruppe  
jeweils Donnerstag, 19<sup>00</sup> Uhr

#### LINZ

SLP-Ortsgruppe  
jeweils Mittwoch, 18<sup>30</sup> Uhr

#### SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe  
jeweils Freitag, 19<sup>00</sup> Uhr

#### VÖCKLABRUCK

SLP-Ortsgruppe  
jeden 2. Donnerstag,

#### WIEN

SLP Wien West  
jeweils Montag, 18<sup>00</sup> Uhr

SLP Brigittenau  
jeweils Donnerstag, 18<sup>30</sup> Uhr

Wegen Corona finden die Treffen sehr unterschiedlich statt, in den Lokalen, auf Zoom oder im Freien. Wir freuen uns auf Deine/Ihre Teilnahme.

Bitte vorher unter [www.slp.at/kalender](http://www.slp.at/kalender) schauen, wo bzw. wie das Treffen stattfindet bzw. unter [slp@slp.at](mailto:slp@slp.at) die Einwahldaten für Online-Treffen erfragen.



**Gibt es nicht aus Profitstreben.  
Gibt es aus Überzeugung.**

Jetzt abonnieren!

Monat-Abo: € 24,-  
Sozial-Abo: € 14,-

(für Menschen ohne eigenes Einkommen)

All-Inklusive-Abo: ab € 7,-/Monat  
Zeitung und alle weiteren Publikationen der SLP

Abo-Zahlungen & Spenden:  
IBAN: AT 2560000000000000000000  
BIC: OPSWATWW



> Berichte  
> Hintergründe  
> Analysen  
aus sozialistischer Sicht.

[www.slp.at](http://www.slp.at) | [slp@slp.at](mailto:slp@slp.at) | [f /slp.cwi](https://www.facebook.com/slp.cwi)